

## Deutschland reißt auseinander!

von Hilde Mattheis ■ ■

Der Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes (ARB) bestätigt, dass die Schere der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den letzten Jahren extrem auseinandergegangen ist und Aufstiegsmöglichkeiten schwerer geworden sind, weil die Abschottung der Eliten nach unten zugenommen hat.

14,6 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland können von ihrer Arbeit nicht leben. 3,13 Millionen Haushalte sind überschuldet, eine weitere halbe Million steht knapp davor. Einmal unten angekommen gibt es für viele Menschen kaum noch Chancen wieder aufzusteigen – auch für ihre Kinder nicht, denn es zeigt sich ein hohes Maß an Bildungsungleichheit.

Mehrwertsteuererhöhung, Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise und Inflation sowie Reallohnverluste seit 20 Jahren und „Nullrunden“ für RentnerInnen belasten die kleinen Einkommen erheblich. Die großen Einkommen und Vermögen haben sich in bisher nicht gekanntem Ausmaß erhöht. Die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich zeigt sich vor allem in der Verteilung der Vermögen. Die wohlhabendsten 10 Prozent der Haushalte besitzen mittlerweile fast 60 Prozent des gesamten Vermögens (2. ARB: 46,5 Prozent). Das private Nettovermögen beläuft sich insgesamt auf fast acht Billionen Euro. Bei den 300 reichsten Deutschen wuchs das Vermögen im letzten Jahr um 80 Milliarden Euro auf 475 Milliarden Euro an.



Der Berichtszeitraum des 3. ARB konzentriert sich auf die Auswirkungen rot-grüner Politik. Die theoretische Grundlage des Berichtes ist – wie beim 2. ARB – die Philosophie des Nobelpreisträgers Amartya Sen mit den zentralen Themen der Eigenverantwortung und der Chancen des Einzelnen auf Verwirklichung. Für diese Theorie stehen die Begriffe „Fördern und Fordern“.

Die jetzt bekannten Zahlen zeigen, dass Politik nicht nur Teilhabe- und Verwirklichungschancen im Blick haben muss, sondern auch den Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit, um erzeugte Ungleichheiten nicht zu zementieren. Neben unseren wichtigen Forderungen nach Mindestlohn und garantierten gleichen Bildungschancen muss unsere sozialdemokratische Antwort auf die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse sein:

1. Eine Neujustierung der Einkommenssteuer, die über eine geänderte Progression u. a. die Höhe der unverhältnismäßig stark gestiegenen hohen Einkommen berücksichtigt, also den Spitzensteuersatz erhöht, diesen allerdings nicht schon von mittleren Einkommen abverlangt.
2. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer auf hohe Vermögen.
3. Das Erbschaftssteueraufkommen muss weit über der jetzt geplanten Beibehaltung des Erbschaftsteueraufkommens von maximal 4 Milliarden Euro liegen.
4. Die Finanzierung der Sozialversicherungen muss von allen getragen werden und die Leistungsfähigkeit der BeitragszahlerInnen berücksichtigen.



⇒ Hilde Mattheis, MdB, ist Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion zur Pflegeversicherung, stellv. SPD-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg und Mitglied im Bundesvorstand des Forum DL21.

Foto: [www.hilde-mattheis.de](http://www.hilde-mattheis.de)